

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags zweimal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Vorkaufnahme sämtlicher Vorkaufnahmen entfallen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 18,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. jährlich. Berlin-Ausschnitt, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Verlags- und Expedition: Berlin G 2, Breite Straße 30.

Die achtspaltige Anzeigenzeile oder deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kaufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4518, 4603, 4635, 4849, 4921.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das wahre Gesicht

Man kann sicher sein: wenn die reaktionäre Presse und die Wortführer der bürgerlichen Parteien einen Feldzug gegen eine in ihrer Phantasie bestehende Rote Armee, gegen Pläne der Kommunisten und ähnliche Dinge eröffnen, daß dahinter die Verteidigung der nacktesten kapitalistischen Interessen steht. Diese Leute wissen genau, daß ihnen die Arbeiterklasse nur dann gefährlich ist, wenn sie geschlossen auftritt, daß sie dagegen nicht viel zu befürchten haben, wenn das Proletariat sich in ein halb Dutzend Gruppen teilt, zumal dann, wenn einige von ihnen die Zersplitterung der Arbeiterklasse zum Prinzip erheben und vor der wirklichen Gefahr von rechts die Augen verschließen. Immer deutlicher tritt gegenwärtig die Tatsache hervor, daß die Bourgeoisie nichts mehr fürchtet, als daß die Arbeiterklasse sich in geschlossener Front auf dem Boden des Kampfes um reale, greifbare Ziele, wie etwa die Sozialisierung des Kohlenbergbaues usw., zusammenfinden könnte. Deshalb fördert sie mit den raffiniertesten Mitteln die Spaltung des Proletariats, deshalb macht sie die Bevölkerung sorgfältig vor den angeblich von links drohenden Aufstandsplänen graulich, deshalb ist sie eifrig an der Arbeit, um die Kampforganisation der Konterrevolution auf das sorgfältigste auszubauen.

Vor uns liegt ein vertrauliches Rundschreiben des Finanzausschusses des Bürgerrats von Groß-Berlin, datiert vom 4. November 1920, und unterzeichnet von Dr. Landsberg. Dieses Dokument zeigt deutlich die Methoden und Absichten der bürgerlichen Konterrevolutionäre. Es heißt in diesem Schreiben:

Mit schweren Sorgen sieht das Bürgertum den kommenden Monaten entgegen, wenn die Infolge des Diktats der Entente bereits bestehende Kohlennot und die dadurch bedingte Arbeitslosigkeit eine weitere Verschärfung erfahren haben werden. Eine hinzutretende Ernährungsnot dürfte dieses Bild noch katastrophaler gestalten und die Massen auf die Straße treiben. Dann wird eine des Lichts und der Wärme beraubte Arbeitslose und unterernährte Bevölkerung den Boden abgeben, auf dem die kommunistischen Parteien versuchen werden, ihr Ziel, die Diktatur des Proletariats, zu verwirklichen. Durch den in Halle erfolgten Anschluß des linken Flügels der U. S. P. D. an die dritte Internationale ist die Aktionskraft jener Schichten des Proletariats nicht unwesentlich gesteigert worden. Sie werden den Versuch wagen, einen letzten Stoß gegen die jetzige Gesellschaftsform zu unternehmen. Die terroristische Rede jenes blutdürstigen Vorstehers der Moskauer Internationale, Sinowjew, hat dem Bürgertum gezeigt, was diesem im Falle eines Sieges der Kommunisten bevorstehen würde, und welche katastrophalen Wirkungen auch für das Wirtschaftsleben eintreten müßten.

Diesen an Verbrechen und Wahnsinn grenzenden Versuchen gegenüber darf das Bürgertum nicht untätig bleiben, der Bürgerrat von Groß-Berlin, der stets für die Gleichberechtigung aller Klassen im neuen Deutschland unter Ausschließung aller parteipolitischen und konfessionellen Bestrebungen, für den unbedingten Schutz des Eigentums gegen geschloßene bolschewistische und andere gewalttätige Eingriffe, sowie für die Unterlassung aller die Grundlage der produktiven Wirtschaft umgestaltenden Maßnahmen eingetreten ist, hat es sich nach wie vor angelegen sein lassen, allen Uebergreifen von jener Seite in entschiedenster Weise entgegenzutreten, alle Versuche zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit nachdrücklich zu unterstützen. Wie der Bürgerrat von Groß-Berlin früher die Einrichtung einer bewaffneten Einwohnerwehr in Groß-Berlin durch Hergabe bedeutender Mittel gefördert hat, so wird er auch weiter andere der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit dienende Institutionen — u. a. die Technische Not-Hilfe — unterstützen. Er hat auf Grund eines von allen maßgebenden wirtschaftlichen Verbänden erteilten Mandats die vorbereitenden Maßnahmen für einen evtl. Bürgerkrieg als letztes Abwehrmittel gegen den Terror getroffen. Große Aufgaben hat der Bürgerrat bereits gelöst; noch größere sehen ihm bevor, für deren Erfüllung erhebliche Maßnahmen zu machen sind.

Unsere Aufgabe wird es sein, allen Uebergreifen der von den Kommunisten geschaffenen politischen Arbeiterräte in ebenso entschiedener Weise entgegenzutreten, wie wir bisher die kommunalen Arbeiterräte bekämpft haben, die sich in einer jedes demokratischen Empfinden verletzenden Weise das Recht anmaßten, über die auf Grund des freiesten Wahlrechts gewählten Gemeindebehörden eine Kontrollbefugnis auszuüben.

Über nicht allein zur Durchführung unserer der Versöhnung der Gesellschaftsklassen dienenden, Ruhe und Ordnung sichernden Bestrebungen bedürfen wir erheblicher finanzieller Unterstützungen, sondern auch zur Abwehr aller die Grundlage unserer Wirtschaft zerstörenden Maßnahmen. Wir wenden uns gegen alle aus parteipolitischen Gründen geforderten Sozialisierungsmahnahmen; nach wie vor bekämpfen wir die kommunalpolitische Umgestaltung der von den sozialistischen Mehrheiten aufweisenden Räteischen Körperschaften der neuen Stadtgemeinde Groß-Berlin mit allen Mitteln, welche uns zu Gebote stehen. Hier heißt es für uns, im Interesse des künftigen Bürgertums, den Kampf in schärfer Weise aufzunehmen.

Schießereien im Gemeinderat

Sieben Tote

Bologna, 22. November.

In der ersten Sitzung des neuen Gemeinderates kam es zu Schießereien zwischen Sozialisten und ihren Gegnern. Sieben Personen wurden getötet und etwa dreißig verletzt. Die Polizei stellte die Ordnung wieder her. Am Abend herrschte Ruhe in der Stadt.

Die Wiedergutmachung

Eine Richtigerstellung

Die 'Frankfurter Ztg.' meldet aus London: Aus der am Sonnabend veröffentlichten schriftlichen Antwort Lloyd Georges auf die Anfrage eines Parlamentiers ist ersichtlich, daß der in Deutschland verbreitete Pariser Wolff-Bericht über das englisch-französische Abkommen an entscheidender Stelle ungenau ist. Als Gegenstand der Genfer Konferenz wird in dem Abkommen die Erörterung der Reparationsfrage in ihrer Gesamtheit bezeichnet und durch folgenden eingeklammerten Satz erläutert: Gesamtbeitrag der deutschen Schuld, Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands usw. Der Klammersatz ist im Wolff-Bericht ausgelassen worden. Andererseits wird der Reparationskommission nicht — wie Wolff sagt — die Festlegung des Gesamtbeitrages zuteil, sondern sie soll lediglich gemäß dem Friedensvertrag den Gesamtbeitrag festmachen (englisch 'ascertain'). Der Unterschied ist offensichtlich wesentlich. Punkt 4 sagt, daß der Oberste Rat erwägen wird, welche Schritte nötig sind einschließlich der Garantien und Strafen.

Der neue Kurs in Griechenland

Das griechische Kabinett hat die Volksabstimmung über die Frage der Rückkehr König Konstantins auf den 28. November festgesetzt. König Konstantin hat an die Regierung telegraphiert, daß er das Ergebnis der Volksabstimmung abwarten wird, bevor er zurückkehrt. Die Regierung hat Steriades ersucht, das Amt des Kommissars für Smyrna weiter zu versehen. Der Leiter der Nationalbank Jaimis ist zurückgetreten.

Mit Benizelos sind auch alle früheren Minister abgerufen, ebenso eine Anzahl Notabeln der Liberalen Partei, darunter mehrere Zeitungsdirektoren. Als der Erzbischof von Athen, Melitios, der Eidesleistung von Rhallis vor dem Regenten wie üblich beimohnen wollte, weigerte sich Rhallis, ihn anzuerkennen, weil er in nicht verfassungsmäßiger Weise ernannt

worden sei. Er wurde, wie bereits gemeldet, durch Theofilos, bisher Priester in einer benachbarten Gemeinde, ersetzt. Die Gefängnisse wurden alsbald nach der Abreise von Benizelos geöffnet und die politischen Gefangenen in Freiheit gesetzt.

Ministerpräsident Leggues erklärte im französischen Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten, daß man die durch den Sturz Benizelos geschaffene Lage nicht verkenne; er werde in aller Kürze mit Lloyd George eine Unterredung haben und zweifle nicht daran, daß ein völliges Einverständnis zwischen Frankreich und England über die nunmehr einzunehmende Haltung erzielt werden könne.

Ueber die Stellungnahme Italiens zum griechischen Systemwechsel meldet der römische Vertreter des 'Corriere della Sera' in einem offiziellen Artikel: Die italienische Regierung habe nicht die Absicht, sich einer Aktion anzuschließen, die einer fremden Einmischung in die inneren Angelegenheiten einer befreundeten und verbündeten Nation gleichkomme. Italien habe sich auch vor 3 1/2 Jahren der Aktion Frankreichs und Englands nicht angeschlossen, obwohl diese beiden Staaten es für ihre Pflicht hielten, König Konstantin aus Athen zu entfernen.

Frankreich in Syrien

Paris, 21. November.

Die vereinigten Kammerauschüsse für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten verhandeln gestern über die für Syrien und Cilicien verlangten Kredite in Anwesenheit des Generals Gouraud, des Ministerpräsidenten Leggues und des Kriegsministers.

General Gouraud gab Aufklärung über die Expedition Frankreichs in Syrien und Cilicien seit November 1918. Die Lage in Syrien sei seit dem Kampf von Damaskus, und seitdem Emir Faisal das Land verlassen habe, ausgezeichnet. Auch in Cilicien sei die Lage gut. Die Eisenbahnlinie von Adana nach Merzina und Aleppo sei für den Verkehr wieder eröffnet worden. Ueberall gaben die Einwohner ihrer Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Ordnung wieder hergestellt sei.

Ministerpräsident Leggues erläuterte die Verträge, auf Grund deren Frankreich in Syrien und Cilicien sei, und zeigte, wie der amtliche Sitzungsbericht erklärt, welche ungeheure Bedeutung es habe, daß Frankreich sich in Syrien halte. Auch in Cilicien seien ihm wirtschaftliche Vorteile vorbehalten. Die Regierung habe die feste Absicht, das Besatzungsheer zu verringern, sobald die Ausführung des türkischen Friedensvertrages es gestatte.

Nur dann kann der Bürgerrat von Groß-Berlin die von ihm beabsichtigten und bereits vorbereiteten Gegenmaßnahmen treffen, wenn ausreichende Mittel ihm zur Verfügung stehen.

Wir gestatten uns daher, die ergebene Bitte an Sie zu richten, uns durch eine größere Beitragsleistung unterstützen zu wollen. Jeder Beitrag bedeutet eine Verbesserung gegenüber, wie wir sie in Moskau und Petrograd, in Budapest und München schauernd erlebt haben und wie sie uns Herr Sinowjew mit zynischer Offenheit angelündigt hat...

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Finanzausschuß,
i. A.: Dr. Landsberg.

Es ist in dem Schreiben des Bürgerrats vor allem von Bedeutung, daß die Not, die Arbeitslosigkeit, die Ernährungsnot vollkommen zutreffend geschildert werden. Doch dieselben Kreise, die von dieser Not profitieren und selbst die Arbeitslosigkeit fördern, indem sie jene Betriebe schließen, deren Dividenden ihren übermäßig gesteigerten Appetiten nicht entsprechen, denken nicht daran, wie sie dieser Not und Arbeitslosigkeit steuern könnten, sie sind vielmehr nur mit dem einen Gedanken beschäftigt: wie sie die 'des Lichts und der Wärme beraubte Arbeitslose und unterernährte Bevölkerung', deren Unzufriedenheit die Ruhe und Sicherheit der Kapitalistenklasse bedroht, niederzufnappeln vermögen.

Es ist ungemein bezeichnend für die heuchlerische Moral der honetten bürgerlichen Gesellschaft, daß sie, zuwider der eigenen besseren Einsicht, die zu revolutionären Aktionen drängende Gefahr der arbeitenden Massen nicht auf das ständige sich verschärfende soziale Elend dieser Massen, sondern auf die 'aufreizende' Tätigkeit linkssozialistischer Elemente und auf angeblich 'terroristische' Reden einzelner Personen zurückführt. Die Abspaltung des linken Flügels der U. S. P. und sein Uebertritt ins kommunistische Lager, der von den bürgerlichen Parteien mit einem Aufatmen begrüßt wird, weil er die Macht der Unabhängigen Sozialdemokratie vorübergehend schwächt, wird nun als Anzeichen drohender revolutionärer Gefahren dem Bürgertum vor Augen geführt. Und derselbe Sinowjew, dessen Zerstörungsbauarbeit in Halle von der gesamten bürgerlichen Presse mit einem vergnügten Schmunzeln hingenommen wurde, wird nun, nachdem er

seine Schuldigkeit getan, als Schredgespenst der gesamten Bevölkerung nordemonstriert.

Mit zynischer Offenheit gesteht der Bürgerrat, daß er die bewaffnete Einwohnerwehr in Groß-Berlin durch Hergabe bedeutender Mittel gefördert hat. Es ist anzunehmen, daß der Bürgerrat, obwohl er darüber schweigt, auch die an die Stelle der angeblich aufgelösten Einwohnerwehr getretene geheime militärische Organisation reichlich mit Mitteln versorgt. Offen spricht er nur über die Notwendigkeit der Unterstützung der Technischen Nothilfe, dieser Streikbrechergarde des Kapitals. Und er gibt unumwunden zu, daß ihm von allen maßgebenden wirtschaftlichen Verbänden das Mandat erteilt worden ist, 'die vorbereitenden Maßnahmen für einen eventuellen Bürgerkrieg' zu treffen. Der dokumentarische Beweis ist also erbracht, daß der Bürgerrat die Zentrale aller jener heimtückischen reaktionären Maßnahmen ist, die gegen jede Regung des Proletariats, sich von seiner elenden Lage zu befreien, gerichtet sind.

Doch nicht nur gegen spontan aufflammende Massenbewegungen des Proletariats sind die Maßnahmen des Bürgerrates gerichtet. Seine Hauptforze gilt jenen Aktionen des Proletariats, die darauf hinczielen, die Sozialisierung in den Mittelpunkt eines von der gesamten Arbeiterklasse getragenen Kampfes zu stellen. Offen sagt der Bürgerrat der Sozialisierung und Kommunalisierung den schärfsten Kampf an. Offen ruft er alle Kreise des Bürgertums, vom Großkapitalisten bis zum verängstigten Mittelständler, zur Abwehr aller die Grundlage unserer Wirtschaft zerstörenden Maßnahmen, d. h. zur Abwehr aller Maßnahmen auf, die den kapitalistischen Charakter des jetzigen Wirtschaftssystems bedrohen und der Arbeiterklasse den Weg zur sozialistischen Wirtschaftsform freimachen sollen.

Diese Kampfanlage des reaktionären Bürgertums muß für die gesamte Arbeiterklasse eine eindringliche Lehre sein. Das Schreiben des Bürgerrats zeigt uns das wahre Gesicht der bürgerlichen Gesellschaft, mit ihrer heuchlerischen Moral und brutalen Unterdrückungspraxis. Es zeigt uns aber auch, in welcher Richtung sich die Kraft der proletarischen Massen entfalten muß, um allen Widerständen zum Trotz ihr Ziel, die Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft, zu erringen.

Frankreich und die Internationale

Zwei Anträge für den Parteitag

Zu dem am 25. Dezember in Tours beginnenden Parteitag der französischen Partei liegen bereits zwei Anträge zur Frage der Internationale vor. Ein Antrag der Linken mit den Unterschriften von Frossard und Cachin tritt für den Anchluss an die dritte Internationale ein, während der zweite von der Gruppe Longuet eingebrachte Antrag eine Revision der Moskauer Bedingungen fordert.

Der Antrag Longuet enthält in seinem grundsätzlichen Teil eine scharfe Ablehnung aller revisionistischen Tendenzen und hält dafür, daß die Partei immer mehr zu einer Kampforganisation werden müsse, die nicht zögern dürfe, gegen die Bourgeoisie alle jene Mittel anzuwenden, welche die jeweilige Situation erfordert. Ohne die Machtergreifung durch die Arbeiter- und Bauernklasse gebe es für die Schaffenden nur Betrug und die Fortsetzung einer Knechtschaft, die, sollte es was es wolle, beendet werden müsse. Der Antrag bekennt sich zur Diktatur des Proletariats, die während der Machtergreifung und in der Zeit des Uebergangs von dem organisierten Proletariat, das heißt, den qualifizierten Vertretern der Gewerkschaften und Genossenschaften in enger Verbindung mit der sozialistischen Partei ausgeübt werden soll.

Ueber den Parlamentarismus wird ausgeführt, daß die Partei den Wert des parlamentarischen Systems nie überschätzt habe. Jeder Abgeordnete, der sich an einem kombinierten Ministerium beteilige, stelle sich außerhalb der Partei.

Mit den Gewerkschaften sei eine feste Verständigung unerlässlich, da diese die Produktionszellen im sozialistischen Regime werden müssen. Gewerkschaften und Partei sollen autonom sein, da aber beide dieselben Endziele verfolgen, wird eine gegenseitige Vertretung vorgeschlagen.

Alsdann erörtert der Antrag die Moskauer Bedingungen. Durch sie sei der Anchluss an die 3. Internationale nicht erleichtert worden. Viele Punkte seien dem Interesse und der Tradition der französischen Partei entgegenstehend und unanwendbar. Insbesondere macht die Partei über die Bestimmungen über die interne Organisation ihre Bedenken geltend und hält weder für möglich, noch für wünschenswert: die Schaffung geheimer Organisationen, den Ausschluss von Genossen, die während einer kritischen Zeit die sozialistische Fahne hochgehalten haben; die automatische und periodische Reinigungen. Weiter wird abgelehnt: die Unterordnung der Gewerkschaften unter die Partei und die Namensänderung der Partei. „Die 20. und 21. Bedingung“, so fährt der Antrag fort, „erscheinen ihr besonders deswegen unannehmbar, weil sie einerseits ihre Autonomie beschränken, andererseits die volle Scheidung provozieren, die die Partei gerade in der gegenwärtigen Periode für außerordentlich wichtig für das Proletariat und die Sache der Revolution selbst erachtet.“

Ferner wendet sich der Antrag gegen den von Moskau vorgeschlagenen Zentralismus. Die Verwaltung müsse zwar mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet werden, aber das dürfe nicht zur völligen Freihe der Autonomie der Kreise führen. Welches auch immer die Mehrheit des Tages sein möge, so halten die Antragsteller es für möglich, daß die Wahrung der Parteieinheit allen die Partei bildenden Fraktionen die ihr zukommenden Rechte entsprechend ihrer numerischen Bedeutung nicht verweigert werden. Die Parteieinheit sei heute unerlässlicher als je.

„Das ist“, so schließt der Antrag, „die Auffassung, die die sozialistische Partei über alle auf dem 2. Kongreß zu Moskau aufgeworfenen Probleme besitzt. In diesem Geiste und unter diesen Vorbehalten verlangt die Partei 1. den Anchluss an die Kommunistische Internationale, 2. wird sie fortwährend die Verbindung mit allen sozialistischen Organisationen, die aus der 2. Internationale ausgeschieden sind, aufrecht zu erhalten, um die Welt-einheit des Sozialismus im Schoße der 3. Internationale zu verwirklichen.“

„Sie bestimmt eine Delegation von ... Mitgliedern, die von dem Kongreß mit proportioneller Vertretung zu wählen sind und die dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale dieses Dokument überreichen soll, durch das sie in Unterhandlungen einzutreten wird mit dem Ziel, die heutigen Schwierigkeiten zu beseitigen und zu einer brüderlichen und entscheidenden Verständigung zu kommen.“

Mit diesem Antrag ist eine Sympathieerklärung für Österreich verbunden, dessen Verschwinden für das größte Unglück gehalten wird, das das Weltproletariat treffen könnte. Die Partei verpflichtet sich, Rußland mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu helfen und es zu retten.

Der Antrag Frossard und Cachin erachtet den größten Teil der Bedingungen für notwendig, will aber, daß der Artikel 20, der Ausnahmen bei den vorzunehmenden Ausschüssen gestattet, auch Anwendung findet auf die in der Bedingung VII angeführten Zentralkomitees. Die Namensänderung in „Kommunistische Partei“ wird ebenfalls abgelehnt und dafür die Bezeichnung „Sozialistische Partei, Französische Sektion der III. Internationale“ vorgeschlagen.

Der Tag des Proletariats

Es gibt nur ein Werk, das eine ähnliche aufrüttelnde und erschütternde Wirkung ausübt, wie „Der Tag des Proletariats“, die in den proletarischen Feiertagen am gestrigen Sonntag aufgeführte Dichtung von Ernst Toller, und das ist der letzte Satz aus der neunten Symphonie von Beethoven. Dort das Lied an die Freude, hier der Sang von der Arbeit. Nicht die Arbeit, die zermüht und knechtet, sondern die Arbeit, die erhebt und befreit. Bei Beethoven-Schiller die dithyrambische Verklärung des Einzelnen, der in dem seligen Rausch eines Augenblicks die Millionen umarmen will; bei Toller der Kampf und der Wille der Masse, die die Arbeit aus den Fesseln, in die sie der Kapitalismus geschlagen hat, befreien und dadurch zum Leben gelangen will. Tollers Dichtung führt die Kunst wieder zu ihrem Ausgangspunkt zurück; sie soll Gemeingut des ganzen Volkes sein, ein Teil der Arbeit, das Leben selbst und nicht eine Zierde des Lebens.

Nun sind es nicht mehr ausführende Künstler, die vor einem geladenen Publikum, zwischen gemalten Kulissen und vor dem grellen Licht der Lampe, aufzutreten, sondern die Masse selbst trägt das Werk. Die Personennamen kommen in Formfall, an ihre Stelle ist der Sprecher getreten, illustriert durch zwei Stimmen, unterstützt von Musik. Der Raum des Großen Schauspielhauses bietet die beste Vorbedingung für diese Art der Aufführung. Die Toller'sche Dichtung beginnt mit der Frage des Chors nach dem Ende der dumpfen, mürgenden Nacht. Ein Chor der Frauen klagt um die gemordeten Männer und Söhne, ein Chor der Männer weiß auf die verstümmelten, gemergelten Glieder. „Die Arbeit gebt uns, nicht der Ertrag“, so schallt es dumpf und tollend durch den Raum. Da klingt die einzelne Stimme, die zum Kampf mahnt. Prophetische Stimmen aus der Ferne künden an, daß die Stunde nahe, wo die Arbeiter der Erde aufstehen und den Tag der Gerechtigkeit bereiten werden. Und nun steigert sich die Dichtung in wechselndem Vortrag der Chöre zu visionärem Jubel. Fabrikarbeiter und Landarbeiter, Mütter und Kinder verkünden schließlich, daß der Tag sich erfüllt habe, die Ketten entzwei-gebrochen und die einst Versklavten frei seien. Mit dem Gesang der Internationale, die von allen Teilnehmern gesungen wird, tönt die Dichtung in einem gemächlichen Aufbruch aus.

Besondere Anerkennung verdient der Sprecher, eine neuartige Einrichtung. Mit außerordentlicher Hingabe waren alle dabei, um die Dichtung zu voller Wirkung zu bringen. Bei ihm erlebte man am Einzelnen wie am Ganzen wirkliche Kunst, es war geradezu hinreißend, wie hier die Masse auftrat, nicht als ein formloses Gewimmel, sondern als eine Gemeinschaft sich einflüsternd, sich gegenseitig fördernder Menschen.

Der Aufführung dieses Werks gingen Vorträge des Berliner Schubert-Chors voran. Frau Lilla Durieux sprach mit gewohnter Meisterschaft einige revolutionäre Dichtungen, Alfred Wittenberg spielte zwei Violinstücke, die nicht ganz dem Charakter der Veranstaltung entsprachen. Engelbert Graf schilderte in seinem Vortrage das Wesen proletari-

Das Tiroler Landeschießen

Der Segen der Kirche

Wolff meldet aus Innsbruck: Am gestrigen Hauptfesttage des Landeschießen der Tiroler Heimatwehren zogen die Schützen unter klingendem Spiel zur Wiltener Pfarrkirche, wo der Abt die feierliche Einsegnung der Standarten der Heimatwehren vornahm. Zur Feier waren aus allen Teilen des Landes Vertreter erschienen.

Daß die Kirche der Reaktion ihren Segen gibt, ist nur natürlich. Thron und Altar sind seit je die Vertreter und Schirmer des Geistes gewesen.

Im übrigen haben, ebenfalls nach einem Wolffbericht, die Verhandlungen der Tiroler Landesregierung mit dem Aktionskomitee der sozialdemokratischen Arbeiterkraft und den Gewerkschaftsorganisationen zu einem günstigen Ergebnis geführt, so daß im Laufe des morgigen Tages der Zugsverkehr wieder aufgenommen werden wird.

Französischer Einspruch gegen russische Konzessionen

Paris, 21. November.

Das „Echo de Paris“ veröffentlicht folgende Notiz: Um sich gegen die Folgen zu schützen, die sich für die französischen Interessen im allgemeinen und die Zurückhaltung der französischen Forderungen im besonderen bei den Besprechungen über die wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen zwischen der englischen Regierung und Sowjetrußland und aus den Konzessionen ergeben könnten, die Rußland den Engländern und Amerikanern einzuräumen will, hat die französische Regierung dem Ministerium in London mitgeteilt, daß derartige ohne ihre Mitwirkung getroffenen Uebereinkünfte sie nicht binden und ihren späteren Einspruch nicht einschränken könnten.

Christlicher Gewerkschaftskongreß

Seit Sonnabend tagt in Essen der 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften. Zu Vorstehenden wurden Minister Stegerwald und die Herren Behrens, Sieber und Imbusch gewählt. Nach dem Berichte des Ausschusses des Gesamtverbandes ist die Mitgliederzahl des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften von 30.900 Ende 1912 auf 1.950.000 gestiegen. Dann wurden die Satzungen des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften angenommen. Der Gesamtverband umfaßt danach alle deutschen christlichen Gewerkschaften. Sein Zweck und Ziel ist Wahrung der den christlichen Gewerkschaften gemeinsamen Interessen; die Vertretung der sich aus der Tätigkeit der einzelnen Gewerkschaften ergebenden Aufgaben von allgemeiner Bedeutung und Herbeiführung umfassender Unterstützung der Bestrebung der Gewerkschaften durch die Gesamtheit.

Den Verhandlungen des zweiten Tages wohnten unter anderem Arbeitsminister Dr. Brauns, Reichspostminister Giesberts, Staatssekretär Bedet, der Präsident des Vögerischen Landtages Bau und Vertreter der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei und des Zentrums bei. Nach einer Begrüßungsrede des Arbeitsministers sprach Stegerwald über die christlich-nationale Arbeiterschaft und die Lebensfragen des deutschen Volkes, behandelte die Probleme der äußeren und inneren Politik in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht und forderte eine Aenderung des Versailleser Friedensvertrages, der ein unübersteigliches Hindernis für die Produktion der ganzen Welt sei. Bei den innerpolitischen Fragen sprach er entschieden gegen die Forderung Preußens, welche die Reichseinheit gefährde. In der Wirtschafts- und Finanzpolitik forderte Redner strengste Sparsamkeit. In der Landwirtschaft sei die Produktion zu heben und möglichst viel Menschen auf dem Lande festzuhalten. In sozialpolitischer Hinsicht müsse die soziale Bewertung des Arbeitnehmers eine andere werden. Zum Wiederaufbau des Vaterlandes müßten im Sinne einer konstanten äußeren und inneren Politik die vaterländisch, christlich, volkstümlich und wahrhaft sozial denkenden Kreise aus allen Volksschichten zusammengeführt werden, auch parlamentarisch. Angesichts der Notwendigkeit, das ganze öffentliche Leben mit wahrhaft christlichem Geiste

zu durchdringen, sei für die christliche Arbeiterbewegung das gegenwärtige vorrevolutionäre Parteiensystem unerträglich. Der Sozialdemokratie fehlten die Vorbedingungen für die überragende Führung. Nützlich sei eine einheitliche und politisch geschlossene Partei-gemeinschaft zwischen der gemäßigten Arbeiterbewegung Deutschlands und allen übrigen Volksgenossen, die in gleichem Sinne am Wiederaufbau und an der Erneuerung Deutschlands arbeiten wollten: deutsch, christlich, demokratisch, sozial (Lebhafte Beifall). Träger dieses Programms müßten die im deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten christlich-nationalen Arbeiter, Angestellten und Beamten werden. Eine starke christlich-nationale Volkspartei, die Zusammenfassung der politischen Kräfte im katholischen und evangelischen Lager sei das Gebot der Stunde (Stürmischer Beifall).

Einstimmig angenommen wurden vier von Stegerwald beschriebene Entschlüsse, erstens auf grundlegende Revision des Versailleser Friedensvertrages, zweitens gegen die weitere Besetzung großer Teile Deutschlands, drittens gegen die Forderung auf Willeferung von 810.000 Hektar, viertens auf Schaffung eines parlamentarischen Komitees, einer eigenen Tageszeitung der christlich-nationalen Bewegung und einer Volksbank, welche die wirtschaftlichen Kräfte der christlich-nationalen Arbeiter, Angestellten und Beamten und der ihnen nahestehenden Kreise bei dem Wiederaufbau Deutschlands einheitlich zur Geltung bringen soll. Außerdem wurde ein parlamentarisches Komitee gebildet.

Zum Schluß sprach Verbandssekretär Hitzler über die deutsche Wirtschaft in Vergangenheit und Gegenwart, beleuchtete dabei besonders die verheerende Wirkung des Krieges und des Friedensvertrages auf das deutsche Wirtschaftsleben und forderte der Mensch und seine Genüme müsse wieder Mittelpunkt der Wirtschaft werden. Bei der Ausgestaltung unserer Wirtschaft müßten außer den Erzeugern auch die Verbraucher, der rechte Handel und die beteiligte Arbeiterkraft mitwirken. Die christlich-nationalen Arbeiter verlangten ein Wirtschaftsrecht bei der Ordnung der Wirtschaft und dem Wiederaufbau, der nicht möglich sei durch die Diktatur des Proletariats, sondern auf der Grundlage der christlichen Lehre. (Lebhafte Beifall.)

Einberufung des schlesischen Landtages. Das Gesamtministerium hat den neuen Landtag für Dienstag, den 7. Dezember, einberufen.

Kranzniederlegung an den Gräbern deutscher Soldaten in Paris. Am Totensonntag legte der deutsche Volkspartei in Paris am Denkmal für die auf dem Friedhofe Bagneux in der Pariser Vorstadt Montrouge beerdigten deutschen Soldaten einen Kranz nieder. Für die deutschen Mütter und Frauen legte Volkspartei Dr. Maier einen Kranz nieder, für die deutsche Delegation Gesandter v. Rutius.

Konstituierung des deutsch-englischen Schiedsgerichtshofes. Ausführung der gemäß Artikel 304 des Friedensvertrages gegebenen Schiedsgerichtshöfe haben sich nun auch der Deutsch-Englische und der Deutsch-Griechische Gemischte Schiedsgerichtshof konstituiert. Der Deutsch-Englische Schiedsgerichtshof, dessen Zuständigkeit sich auch auf britischen Dominien, Kolonien und Protektorate erstreckt, seinen Sitz in London; sein ständiges Sekretariat befindet sich in S. W. 1 St. James Square 21. Der Deutsch-Griechische Gemischte Schiedsgerichtshof hat seinen Sitz und sein ständiges Sekretariat in Paris, Avenue Malakoff 140.

Der gewerkschaftliche Zusammenschluß der französischen Staatsarbeiter und Beamten. Am Sonntag fand die Staats- und Kommunalarbeiter- und -beamten zu einem Kongreß zusammengelassen, um sich über den Anchluss der Beamten-gewerkschaften an den Allgemeinen Arbeiterverband schlüssig zu werden.

Das neue portugiesische Kabinett. Das neu gebildete Kabinett besteht aus sieben Liberalen, zwei unabhängigen Demokraten und zwei Mitgliedern der Volkspartei. Ministerpräsident wurde der Liberale Alvaro Castro, der zugleich das Ministerium des Innern übernimmt. Domingo Pereira wird Außenminister. Der unabhängige Demokrat Jaime Souza übernimmt das Kolonialministerium, während Con de Lora (Volkspartei) für den Posten des Finanzministers aussersehen ist.

In Georgien alles ruhig. Die hiesige georgische Gesandtschaft erhielt die telegraphische Nachricht aus Tiflis, daß in Georgien alles ruhig sei. Von keiner Seite seien feindliche Angriffe erfolgt.

Frauenwahlrecht in Italien. Die römische Kammer hat mit 10 gegen 10 Stimmen einen Zusatzantrag zum Gemeindevotengesetz angenommen, nach dem den Frauen das gleiche Wahlrecht zuerkannt wird, wie den Männern. Ein Antrag zugunsten des Wahlrechts wurde mit 144 gegen 78 Stimmen abgelehnt, ebenso ein Antrag zugunsten des Wahlrechts der Unteroffiziere und Soldaten.

scher Kunst. Crispian widmete unserem vor einem Jahre gestorbenen Hugo Haase einige Worte warmen Gedankens. Die Einestimmen im „Tag des Proletariats“ waren Lilla Durieux und Ernst Stahl-Rachbau.

Die Veranstaltung erlitt eine kleine Störung durch das vorlaute Benehmen einiger kommunistischer Schreihäse, die es nicht verstehen konnten, daß Genosse Crispian bei einer Gedenkrede für Haase sich vornehmlich mit diesem einen Manne befassen mußte und nicht alle anderen Toten der Revolution namentlich aufzählen konnte. Crispian wies die Aufseher in vornehmer, aber eindringlicher Weise zurecht. Es muß aber noch nachträglich gesagt werden, daß diese Leute, wenn sie schon ohne Tabak nicht leben können, von künstlerischen Veranstaltungen lieber fortbleiben sollten.

E. P.

Der Chauffeur Martin

(Uraufführung im „Deutschen Theater“)

Man kennt die literarischen Bürgerjungen, auch wenn sie sich „revolutionär“ gebärden und „expressiv“ sprechen. Sie geben sich im Sturm der Zeit einen Ruck und tanzen nach kurzem Anlauf in die Knie. Der „politische“ Dichter wirft das Löwenfell ab, und der Himmelsstürmer wird zum frommen Gottesdiener. Sie lassen die Revolution im Stich, die ihnen nur ein schnell verflüchtiger Stimmungswahnsinn, aber keine Herzenssache, kein Kampf des Geistes und der Bestrebung von unten auf war. Sie sehen es gelassen mit an, wenn sie sich den alten Götzen wieder in die Arme werfen. Der junge Hans J. Rehlisch hatte schon in seiner dramatischen Dichtung „Das Paradies“ (die das „Neue Volkstheater“ spielte) sozialistische Schwärmerei an individualistischer Verliebtheit scheitern lassen, und sein zertrümmertes Zukunftreich in nebelhafte Fernen verlegt.

In seiner neuen Tragödie „Der Chauffeur Martin“, die jetzt das „Deutsche Theater“ zur Aufführung brachte, geht dieser krankhafte intellektuelle Vahnungsprozess weiter. Es ist eine heillose Art literarischer Knochenverwahnung, die auch die schwindelhaftesten Ansätze dichterischer Fähigkeit verzehrt. Der Chauffeur Martin ist ein grüblerisch veranlagter Mensch, der dumpf vor sich hindrückt. Sein erhabener Urahn konnte Wächners „Woyze“, sein Stiefvater Hauptmanns „Jahrmann Henschel“ sein. Als Gestalt von Fleisch und Blut wirkt er anfangs Teilnehmend, bis er sich in das Reich problematischer Ideen abstrakt verflüchtigt. Er überfährt ohne eigenes Verschulden einen Mann, wird vom Gericht freigesprochen, verfällt in Tieftrauer über die unwillkürliche Tötung, „hadert“ mit Gott als seinem und der Menschheit schlimmsten Feind, der nur das Böse wolle, schließt sich den gesellschaftlich Ausgestoßenen an, wird der Führer einer großen Gemeinschaft, deren Aufbruch, Hohn und Empörung er fanatisch von den Menschen auf „Gott“ ablenkt und tötet auf seinem Wege einen widerstrebenden Minister (der ein ökonomisch sehr kümperhafter „Vollbeglückter“ zu sein scheint). Als aber dann ein lahmer Krüppel aufsteht und — o Wunder! — die Krücken wegwirft und bibelhaft dem Volke predigt, da ist

er plötzlich wieder bekehrt. Er war von „seinem“ Gott nur gefallen, um ihn nachher um so inbrünstiger zu preisen. Es mag die ewige Tirade und der alte Glaube, wobei sich der Welt nicht nicht sonderlich um neue Deut- und Ausdrucksformen bemüht. Mit einem Theaterstück, das aus einer Kassepöbele zweimal Abtrünnigen hindrückt, entläßt er schließlich den Zuschauer reichlich unbesriedigt.

Es bleibt die Frage, wozu der Därm, wozu die gewaltige rechte Faust, um nachher sanft das Lämmlein zu streicheln? Steht nicht viel hinter dem Schwall großer Worte, kein Abwärt und kein neuer Ausblick öffnet sich, es bleibt Literatur, nicht um leichte Dinge ringt, sondern sich mit unzulänglichen Mitteln an ihnen festhalten verzweifelt. Trotz moderner Verkleidung es nur schlecht verkleidetes Theater ältesten Stils. Der witzige Chauffeur des Anfangs in seiner menschlichen Würde steht bedrückt und denkend in tristem Widerspruch zu dem später geschraubten Ideenträger, und so lassen an allen Ecken und Enden unüberbrückte Gegensätze zwischen dem Realismus der einzelnen Personen und der illusionär bewegten Masse.

Diese willkürlichen Stilkontraste konnte auch die an sich amminende Reale Karl Heinz Martins zu keiner befriedigenden künstlerischen Einheit verschmelzen. Die überwiegend expressionistische Betonung rückt das Drama in noch größere Ferne. Reale Georg Kaiser, von dem es auch abhängt, ist spürbar genua abhängig. Der Chauffeur erhielt aus der Fülle der neusten Natur Eugen Rißer ein dumpfes unterirdisches Leben. In geistiger Großheit und geistlich unvorhanden neben ihm der Rahme Konrad Veit, der ebenso trag haben aus der Masse der übrigen vornehmlich als B. die Realistik der Unfähigkeit des Fräuleins von Tolstoj und der Referendar Uriberit Wächers, der „Mondluna“ gründlich durchgemacht zu haben schien. Bemerkenswert durch schauspielerische Leistung waren besonders noch der bislang unbekannt Moiss Kainer als „Zurückhäuser“, Sauerbruch in der kleinen Rolle des Studenten, Fritz Jehner als Richter und Eise Wagner als Martins Frau. Es fehlte nur an ermunterndem Beifall der Gläubigen.

Des Tolstoj, dessen Todestag sich eben zum zehnten Male jährte, schrieb am 28. Nov. 1898 in sein Tagebuch: Die Frage nach dem Ursprung des Bösen ist ebenso sinnlos wie die Frage nach dem Anfang der Welt. Nicht „woher“ kommt das Böse, man wissen, sondern: wie ist es zu bekämpfen? — Und zuvor schrieb er, daß es eine der Hauptursachen des Übels in unserem Leben den anerzogenen Glauben an den persönlichen Gott erkläre und den Glauben an die Erschaffung der Welt durch Gott als sinnlosen Aberglauben bekämpfe: „Die Kraft ist auf dem Boden des arbeitenden Volkes. Wenn es sich die Unterdrückung gefallen läßt, so tut es das nur deshalb, weil es hypnotisiert ist.“ Es kommt darauf an, diese Hypnose zu zerbrechen.“

In der Volksbühne ist Wallensteins Tod mit Fritz Rappeler als Wallenstein in Vorbereitung.

Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter

Am gestrigen Sonntag hielt die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes ihre ordentliche Generalversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer W. Schmidt den Kasseebericht vom 1. Quartal 1920. Ohne Debatte erteilte die Generalversammlung auf Antrag der Revisoren dem Kassierer einstimmig Entlastung.

Der Bevollmächtigte Rusk gab dann drei eingelaufene Wahlprotokolle bekannt, die sich darauf stützen, daß einige Delegierte nicht ordnungsmäßig gewählt worden seien. Gegen drei Stimmen beschloß die Generalversammlung sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung mußte die Neuwahl der turnusmäßig ausscheidenden Mitglieder der engeren Ortsverwaltung vorgenommen werden. Zur Wahl des Bevollmächtigten Ziska verlangte Granbaum Aufklärung über die Haltung Ziskas beim Vorjahrstreik. Weiter wünschte er die Frage beantwortet, wie sich Ziska ein weiteres Zusammenarbeiten in der Verwaltung denkt. Außerdem wollte er Ziskas Stellung zur Arbeitslosenfrage und zur Pausenablösung kennen lernen.

Ziska geht in längeren Ausführungen auf die aufgeworfenen Fragen ein. Er betont, daß diese Fragen weniger seine Person betreffen, sondern vielmehr die Ausstrahlung des eskandierenden Rüstungsstreites in den Gewerkschaften bedeuten. Den Anfang mit diesem Streit habe Richard Müller in der vorigen Generalversammlung gemacht, als er mit seinem Antrag die ordnungsmäßige Wahl von 11 Angestellten mit der Begründung verhinderte, daß erst die „weltpolitischen Probleme“ ausgetragen werden müßten. Heute sei die notwendige Klärung vorhanden, er werde deshalb mit aller Offenheit alle Fragen, die durch die Ereignisse der letzten Zeit in wirtschaftlicher und politischer Beziehung entstanden sind, beantworten.

Nach Beendigung des großen Metallarbeiterstreiks im vorigen Jahre habe er sein Amt als Bevollmächtigter angetreten. Durch den Streik sei die Kampfkraft der Berliner Metallarbeiter, wenn auch nicht gelähmt, so doch erschüttert worden. Die Taktik, die die Verwaltung anwenden mußte, war darauf gerichtet, der Kadestrichpolitik der Metallindustriellen entgegenzutreten. Aus diesem Grunde mußte auch beim Vorjahrstreik eine entsprechende Taktik angewandt werden. Er habe von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß wir dem Wunsche der Unternehmer, den Kampf für die gesamte Berliner Metallindustrie erneut zu beginnen, nicht nachkommen dürfen. Er ging davon aus, daß ein großer Kampf von uns nur geführt wird, wenn wir es für angebracht halten. Unter keinen Umständen können wir einen Kampf aufnehmen, den die Unternehmer wollen. Er sei deshalb dafür eingetreten, daß der Vorjahrstreik vollständig würde, im Gegensatz zu Rusk, der die gesamten Berliner Metallarbeiter in den Kampf hineinzuziehen wollte. Im übrigen sei bei dieser Frage wie auch in allen anderen Fragen nicht seine Meinung, sondern die Auffassung der engeren und mittleren Verwaltung ausschlaggebend gewesen. Beide Körperschaften haben sich allerdings seinen Standpunkt zu eigen gemacht. Durch die Annahme der getroffenen Vereinbarungen von der Belegschaft des Vorjahrwerkes sei dann der Streik erledigt gewesen.

Ziska schildert dann ausführlich die Verhandlungen mit den Metallindustriellen, die wegen Gewährung von Lohnerhöhungen geführt worden sind. Die Unternehmer dachten zuerst nicht daran, eine Lohnerhöhung zu gewähren, sondern hatten die Parole des Lohnabbaues herausgegeben. Nachdem die Schwierigkeiten überwunden waren, erschwerte ein neues Moment die Verhandlung. Die Unternehmer verlangten, daß die Pausenbezahlung eingestellt wird. Unsere Vertreter im Hauptauschuß stimmten dieser Auffassung nicht zu, sondern verlangten die Stellungnahme der mittleren Verwaltung; diese habe sich bis zur Stunde noch nicht mit der Frage beschäftigen können. Ziska geht dann weiter auf die Arbeitslosenfrage ein. Er verweist darauf, daß er seinen Standpunkt darüber erst kürzlich in einem Artikel in der „Freiheit“ bekanntgegeben habe. Zur Frage der Arbeitsgemeinschaften brauche er nicht erneut darauf hinzuweisen, daß er von jeder schärfster Bekämpfer dieser Gebilde sei. Auch den Eisenwerkvereinsbund hätte er in der letzten Beiratsitzung in Stuttgart als Sprecher der Berliner Delegation abgelehnt. Einer Aufforderung des Vorstandes, als Berliner Vertreter an den Verhandlungen des Eisenwerkvereins teilzunehmen, habe er mit Uebereinstimmung der engeren und mittleren Verwaltung abgelehnt. Ziska kam dann auf das getroffene Lohnabkommen zu sprechen, daß neuerdings durch Schiedspruch eine Erhöhung um 20 Pfennig pro Stunde der bestehenden Löhne vorsehe.

Geetz und Schwarz wandten sich in der Diskussion gegen Ziska. Sie erluchen, Ziska nicht wieder zu wählen und empfehlen Pössel als Kandidat. Geetz tritt mit Wärme für die Wiederwahl Ziskas ein, da er als Mitglied des Hauptauschusses am besten beobachtet hätte, daß Ziska mit Energie und durch Anwendung einer klugen Taktik das Beste für die Berliner Metallarbeiter herausgeholt habe. Der Kandidat der Opposition Pössel wandle sich gegen Ziskas Haltung beim Vorjahrstreik. Zimmermann trat diesen Ausführungen entgegen, weiter wies er darauf hin, daß gerade Ziska es war, der mit Einsehen seiner ganzen Person während des Krieges die Kriegspolitik der Gewerkschaftsführer bekämpfte und der sich auch gegen die Arbeitsgemeinschaften mit seinem ganzen Einfluß gewandt habe. Die Verwaltungskörperschaft wie auch die bisherige Generalversammlung haben sich mit Ziskas Politik und der von ihm angewandten Taktik einverstanden erklärt. Jetzt laufe man nach dem Streik, um ihn zu hängen, weil er nicht alle Lohnlauer Parolen mitmachte. Richard Müller erklärte, daß es wohl richtig sei, daß Ziska die Arbeitsgemeinschaften bekämpft habe, daß aber von ihm jetzt beschrittene Weg jedoch zu den Arbeitsgemeinschaften führe.

Urich wandte sich gegen die Kandidatur Pössels, der während des Krieges mit aller Schärfe für das Hindernisprogramm eingetreten sei. Zur Frage der Produktionskontrolle erklärte Urich, daß dieser Kampf nur von der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands geführt werden könne. In seiner Tätigkeit als Bevollmächtigter wäre Ziska stets für die Beschlüsse des Verbandstages eingetreten.

Der Bevollmächtigte Rusk erklärte, daß die Politik Ziskas eine Fortsetzung der opportunistischen Politik Cohens sei. Rusk greift dann den Hauptvorwand an, der im Falle Pössel vorliegt hätte. Die Generalversammlung hätte dafür zu sorgen, daß die Mitglieder wieder Vertrauen zur Organisation hätten. Ein von Urich begründeter Schlußantrag wurde hierauf angenommen.

Das anwesende Vorstandsmitglied Loh wies die von Rusk und Müller gegen den Hauptvorstand gemachten Vorwürfe zurück. Auf dem kommenden Verbandstage wird es dem Hauptvorstand ein Leichtes sein, zu beweisen, daß er seine Tätigkeit ganz im Sinne der Verbandstagesbeschlüsse geführt habe. Wenn dem Vorstand der Vorwurf gemacht wird, daß er bei gewissen Fragen den Verhandlungsweg eingeschlagen habe, so müßte festgestellt werden, daß selbst Richard Müller nach dem Protokoll des letzten Verbandstages dort erklärte, daß wir, solange wir in einem kapitalistischen Staat leben, auch mit den Unternehmern verhandeln müssen. Wenn Rusk dem Vorstand schwankende Haltung vorwirft, so sei er dazu nicht der rechte Mann. Er erinnere an die Haltung Rusk's vor, während und nach dem Kampfpössel.

In seinem Schlußwort legt Ziska nochmals seine prinzipielle Stellung zu den wichtigen Tagesfragen dar. Die Generalversammlung habe zu entscheiden, welche Politik in der Verwaltungskörperschaft Berlin befolgt werden soll. Wenn er das Vertrauen der Mehrheit der Berliner Mitgliedschaft nicht mehr habe, dann müsse selbstverständlich an seine Stelle ein anderer treten. Vor der Abstimmung beantragte Müller, daß die Kandidaten von mindestens 200 Delegierten die Unterstützung haben müßten, wenn sie für die Wahl in Frage kommen sollen. Blumenthal beantragt, die Unterstützungszahl auf 200 festzusetzen, da kaum 500 stimmberichtigte Delegierte anwesend sein können und somit die Möglichkeit besteht, daß keiner der Kandidaten genügend unterstützt wird. Vor der Abstimmung gibt Pössel für die der S. P. D. angehörenden Generalversammlungsmitglieder die Erklärung ab, daß

ke für den Bevollmächtigten Ziska keinerlei Sympathien hätten, da er den Auffassungen der Rechtssozialisten in keiner Weise Rechnung getragen habe. Dessenungeachtet wollen sie vorbehaltlich ihrer sonstigen Stellungnahme für die Kandidatur Ziska eintreten, um zu verhindern, daß an seiner Stelle ein Anhänger der Gewerkschaftszersplitterer an die Spitze der Berliner Verwaltung kommt.

Die Abstimmung ergab für Ziska 243, für Pössel 262 Stimmen, so daß keiner die notwendige Unterstützung erhielt. Es muß nunmehr Urich's Vorhaben vorgenommen werden. — Die Generalversammlung wurde schließlich verlegt.

Französische Ein- und Ausfuhr. Nach der offiziellen französischen Statistik stieg in den ersten zehn Monaten dieses Jahres die Einfuhr Frankreichs gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 2 386,7 Millionen Francs, die Ausfuhr um rund 11 167 Millionen (von 7733 auf 18 900 Millionen). Infolge der Vermehrung der nationalen Erzeugung verringerte sich die

Partei- u. Gewerkschaftsfunktionäre!

Die Mitglieder des Zentral-Komitees der sozialdemokratischen Arbeitpartei Russlands, die Genossen **Marlow** u. **Abrahamowitsch** aus Moskau, sprechen am

Mittwoch, den 24. November, abends 6.30 Uhr,
in der Bod-Bräueret, Fildelnstraße, über

Gegenwart u. Zukunft Russlands

Mitgliedsbücher sowie Funktionär-Ausweise der Partei und Gewerkschaften legitimieren.

Die Funktionäre der Metallindustrie treffen sich eine Stunde früher.

Einfuhr der Lebensmittel um rund 883 Millionen Francs, während die Ausfuhr um rund 998 1/2 Millionen Francs stieg. Während die Einfuhr der Rohstoffe für die Industrie um 3057 Millionen anwuchs, erhöhte sich die Ausfuhr von Fertigfabrikaten von 4779 auf 12 187 Millionen, was den Aufstieg der französischen Industrie veranschaulicht.

Depression in Amerika. Einer Neuentdeckung zufolge teilte der britische Botschafter in Washington im „Board of Trade Journal“ mit, daß in den Vereinigten Staaten bei dem großen Preis für Wolle und Luche um 15 bis 25, Baumwollwaren um 30, Schuhe und Möbel um 60, Stapelwaren um 18 v. H. gefallen sind. — Hoover erklärte, die wirtschaftliche Depression werde den Winter über anhalten. Im Frühjahr würde sich jedoch die Lage bessern, vorausgesetzt, daß die Vereinigten Staaten ihre Ausfuhr in Gang bringen könnten.

Gewerkschaftliches

Der Afa-Bund auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress

Am Internationalen Gewerkschaftskongress, der am 22. November in London zusammentritt, nehmen als Delegierte des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa-Bund) dessen Vorstandsmitglieder **Zusäuer** und **Urban** teil.

Die Geschichte der Angestellten-Bewegung

Die ursprünglich nur für die Funktionäre der Afa-Verbände gedachten Vorträge sollen jetzt auch den Betriebsräten, Angestelltenräten und Betriebsobleuten der Afa-Verbände zugänglich gemacht werden. Die Vorträge sind neu unterteilt worden.

Paul Lange spricht im Großen Saal vom **Russler-Betriebshaus**, **Kaiser-Wilhelm-Str. 31/32**, jeweils abends 7 1/2 Uhr, **Mittwoch, den 24. November d. J.** über: „Idee und Form der Angestelltenbewegung“ und **Mittwoch, den 1. Dezember d. J.** über: „Unternehmer, Angestellte und Arbeiter“.

Jeder Funktionär eines Afa-Verbandes und jedes Mitglied einer Betriebsvertretung des Afa-Bundes muß unbedingt erscheinen. Diese Vorträge bilden die Grundlage für die Afa-Funktionäre zur Werbung in den Betrieben.

Afa, Ortsstelle Groß-Berlin.

Vertrauensmännerversammlung der Holzarbeiter. In der am 19. November im Gewerkschaftshaus stattgefundenen Versammlung gab **Böse** den Bericht von der Städtekonferenz, welche sich in der Hauptsache mit den zu treffenden Maßnahmen anlässlich des zum 15. Februar 1921 ablaufenden Reichstags zu befassen hatte. Während sich die Delegierten fast sämtlicher Ortsgruppen auf den Standpunkt stellten, den Reichstags zu verlängern, traten die Berliner Delegierten für die Kündigung desselben ein.

Für die in großer Zahl vorhandenen arbeitslosen, ausgesteuerten Holzarbeiter ist von der Ortsverwaltung eine Unterstützungsaktion in die Wege geleitet und wird gemäß dem Beschluß der Verwaltungskörperschaft ein Extrabeitrag von 3 Mark erhoben. Beitragsmarken sind in allen Zahlstellen Sonnabends von 5—7 Uhr bis 24. Dezember 1920 erhältlich. — Eine Anregung, Stellung zu nehmen zu den letzten Beschlüssen der Gewerkschaftskommission in der Betriebsrätefrage, wurde nach lebhafter Debatte zurückgestellt. Zur Erzielung dieser Angelegenheit wird, nachdem zwischen der Betriebsrätezentrale und der Gewerkschaftskommission die Verhandlungen abgeschlossen sind, in einer demnächst abzuhaltenden gemeinsamen Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute der Berliner Holzindustrie erneut Stellung genommen werden. — Eine Verordnung, die in den letzten Tagen erlassen worden ist und eine Regelung der Stromverteilung vorstelt, bringt auch in der Holzindustrie wesentliche Veränderungen dahin, daß teilweise Betriebe die Produktion auf die Nachtzeit verlegen müssen. Die Vertrauensmänner werden darauf aufmerksam gemacht, daß in allen diesen Betrieben sich die Kollegen auf den bestehenden Tarifvertrag, der eine Regelung der Nachtarbeit vorstelt, berufen sollen und dementsprechend ihre Ansprüche bei den Arbeitgebern geltend zu machen. — Nachstehende Entscheidung wurde gegen vier Stimmen angenommen:

„Die am 19. November 1920 tagende Versammlung der gesamten Vertrauensmänner der Berliner Holzindustrie nimmt Kenntnis von den Beschlüssen der Städtekonferenz und billigt die Haltung der Verwaltung zur Frage der Tarifkündigung. Nachdem ein Beschluß, entgegen dem Mehrheitswillen der Berliner Kollegenschaft, gefaßt worden ist, empfiehlt die Versammlung aus organisatorischer Disziplin, sich im Rahmen dieses Beschlusses zu betätigen. Die Störfreiheit der Organisation kann nur wirksam sein, wenn dem Arbeitgebertum eine geschlossene Kampffront entgegengestellt wird. Die Vertrauensmänner stellen deshalb der Verwaltung anheim, trotz taktischer Meinungsverschiedenheiten in der Tariffrage, bei den stattfindenden Verhandlungen ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, um die Löhnerhältnisse der Berliner Holzindustrie der Wirtschaftslage anzupassen. Um den Nachstandspunkt des Berliner Arbeitgebertums zu brechen, sind die Vertrauensmänner jederzeit bereit, in den Kampf einzutreten und erwarten auch vom Verbandsvorstand moralische und finanzielle Unterstützung.“

Groß-Berlin

Die Groß-Berliner Bezirksversammlungen

Nachdem der neue Magistrat gebildet ist, ist es nur noch eine Frage der Zeit, wie lange noch die alten Magistrate weiter amtieren. Die alten Stadtverordnetenversammlungen haben ihre Tätigkeit eingestellt, und es ist notwendig, dafür zu sorgen, daß die Übergangszeit möglichst abgekürzt wird. Dazu ist erforderlich, daß die Bezirksämter baldigst in Aktion treten können. In Berlin sind besondere Schwierigkeiten zu überwinden, weil der Umfang der Tätigkeit noch keineswegs feststeht. Das Tätigkeitsgebiet muß erst durch die Zentralisation geschaffen werden.

In den Vorortbezirken wird die Übergangszeit schneller überwunden werden. Dort handelt es sich nur darum, das Arbeitsgebiet von allen zum Bezirk gehörigen Orten an den Sitz der Bezirksämter zusammenzuführen. Es sind nun Vorschläge gemacht worden über die Zahl der Bezirksamtsmitglieder. Nach dem Gesetz war die Zahl sieben vorgesehen, die als besoldete Mitglieder in Frage kommen sollten. Daneben sollen auch noch Unbesoldete gewählt werden. Es ist nicht zu bestreiten, daß das Arbeitsmaß in den verschiedenen Bezirken schon infolge des verschiedenen Umfangs der Gebiete nicht überall gleich sein kann. Aus diesem Grunde sollen auch die Bezirksämter nicht gleich sein. In einigen Bezirken reichen sieben besoldete Bezirksamtsmitglieder nicht aus, in anderen wird die Zahl sieben als zu hoch erachtet. In der von der Stadtverordnetenversammlung eingeleiteten gemischten Deputation ist beschlossen worden, zunächst auch die Bezirksverordnetenversammlung über die Zusammenziehung der Bezirke zu hören unter Angabe der den Mitgliedern zugehörigen Aufgaben. Diese gutachtliche Äußerung soll schnellstens erfolgen. Im Laufe der kommenden Woche treten die meisten Bezirksversammlungen zusammen, um sich zu konstituieren und sofort einen Wahlausschuß zu wählen, dem die Aufgabe obliegen soll, über die Besetzung der Bezirksämter zu beraten und Vorschläge zu machen. Es ist notwendig, nach geeigneten Personen Umschau zu halten, die in der Lage sind, Bezirksamtsgeschäfte zu übernehmen und in eine genaue Prüfung der Vorgesetzten einzutreten. Die Bezirksämter sind ausführende Organe des Magistrats. Sie haben nach den Anweisungen und Beschlüssen der zentralen Körperschaften zu handeln. Außerdem haben die Bezirke die Vorbereitung und Ausführung der Arbeiten der Bezirksversammlung in die Wege zu leiten. Es zeigt sich, daß die Halbtätigen, die das Gesetz dank der demokratischen Verflechtungsarbeit gebracht hat, die Schwierigkeiten nur noch erhöht haben. Es wird nicht leicht sein, aus diesem Gebilde etwas wirklich Brauchbares zu machen. Für uns Sozialisten ist maßgebend, daß eine Verwaltung eingerichtet wird, die für später als brauchbare Unterlage zu benutzen ist, um wirklich sozialistische Verwaltungsarbeit zu leisten.

6. Verwaltungsbezirk (Hallisches Tor). Kommunale Kommissionen. Am Mittwoch, den 24. November, abends 6 Uhr, Versammlung sämtlicher Mitglieder der kommunalen Kommissionen, welche zum Hallischen Vorbezirk gehören. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Die Distriktsleiter werden gebeten, ebenfalls zu erscheinen. Mitgliedsbuch (Nähtung Crispian-Lebedour) legitimiert.

Die Notlage der Beamten. Im Besoldungsausschuß der Preussischen Landesversammlung wird, wie wir hören, in diesen Tagen die Entscheidung darüber fallen, ob man der Notlage der Beamten durch Erhöhung der Kinderzulagen oder der Teuerungszuschläge steuern soll.

Das Bismarck-Denkmal veranlaßt auf Einladung des Kommunalen Volksbildungsamtes Reinickendorf am Dienstag, den 23. November, abends 7 1/2 Uhr, in den Hubertusfelsen Reinickendorf, Provinzialtrasse, ein Beethoven-Konzert anlässlich der am 17. Dezember d. J. zu feiernden 150. Wiederkehr des Geburtstages des großen Komponisten. Der Eintrittspreis von 3,50 M. einschließlich Kleiderablage ermöglicht es allen Erwerbstätigen, dieses Konzert zu besuchen. Erwerbslose haben gegen Vorzeigung ihrer Stempelfarte freien Zutritt.

Verloren am Sonnabend eine Brieftasche mit 190 M., Ausweis-papiere, Mitgliedskarte der U. S. V. D. Nr. 1829, lautend auf den Namen Hermann Kraule, R. 39, Neue Hofstr. 39. Vor Mißbrauch der Papiere wird gewarnt. Finder wird gebeten, die Brieftasche an obengenannte Adresse abzugeben.

Scala. Wie wir von der Direktion der „Scala“ erfahren, mehren sich die Fälle, in denen Unbesugte Eintrittskarten für das neue Varieté zu Schleichhandelspreisen verlaufen. Die Direktion der „Scala“ legt Gewicht auf die Feststellung, daß ihre Karten an verschiedenen Berliner Theaterstätten erhältlich sind und an Privatverkäufer nicht abgegeben werden. Es bestehen vier Abendklassen, die eine besonders schnelle Abfertigung des laufenden Publikums gewährleisten.

Voranschauliches Wetter für Berlin und Umgebung am Dienstag. Zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend neblig oder wolfig, ohne erhebliche Niederschläge, nachts wieder kalt, auch am Tage kühl bei mäßigen westlichen Winden.

Aus den Organisationen

4. Bezirk. Arbeitslose Genossen unserer Parteiorganisation, welche wegen als 4 Wochen arbeitslos sind, 6 Monate Beiträge bezahlt und 6 Monate Ehrenamt der „Freiheit“ haben, erhalten die „Freiheit“ auf Kosten der Bezirkskasse für den Monat Dezember gratis geliefert, wenn dieselben sich bis 23. November beim Zeitungspreditor, Genossen Sinner, Stallger Str. 101, gemeldet haben.

4. Bezirk. Dienstag abend 7 Uhr Sitzung der Kapitaliens- und Zeilungskommission bei Zeiler, Raupstr. Str. 25.

5. Bezirk. Kommunale Kommission. Dienstag abend 7 Uhr Sitzung bei Schweißschmidt mit Vortrag.

7. Bezirk. Dienstag 7 Uhr engerer Vorstandssitzung bei Kirov, Gubenstr. Str. 24.

8. Bezirk. Stammesabend deutz abend 7 Uhr bei Metzdorf, Schreinerstr. 13.

8. Bezirk. 2. Abt. Dienstag 7 Uhr Abteilungsversammlung, Scholz, Victoria-burger Str. 4, Zimmer 6, part. links.

11. Bezirk. Dienstag, den 23. November, abends 7 Uhr, wichtige Sitzung der kommunalen Kommission bei Döhne, Schlegelstr. 8. Die Abteilungsleiter sollen hierzu eintreten.

17. Bezirk. Hilfskommissionen. Wichtige Sitzung am Dienstag 7 Uhr bei Kroll, Uckerstr. Str. 21. Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.

18. Bezirk. Dienstag abend 7 1/2 Uhr Sitzung der Frauenarbeits- und Arbeitslosenkommision bei Kirschbaum, Schillerstr. 2.

Neu-West. Heute abend 7 Uhr Vorstandssitzung bei Eichmann, Mühlentor Str. 42.

Nikotenberg. Mittwoch, den 24. November, abends 7 1/2 Uhr, findet im Gaglien-Baum ein Frauenabend statt. Nähtung Crispian-Lebedour. Referent: Dr. G. Kemming. Mitgliedsbücher mitbringen.

Wesend-Friedrichshagen. Die zu dem Freitag abend folgende Familienabend findet nicht im Kasperhof, sondern im Hotel Rose, Friedrichshagen, Bergmannstr. 10, statt.

Vereinskalender

Verbandsrat der Schuhmacher (Friedrichshagener Schuhmacher). Konferenz aller Kollegen der sämtlichen Firmen findet Dienstag 6 1/2 Uhr bei Kasper, Schiffbauerdamm 12, statt.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kabsch, Berlin. **Verantwortlich für den Inhalt:** Rudolf Kaminer, Berlin. **Verlagsanwaltschaft:** „Freiheit“, E. M. H. A. Berlin. — **Druck der „Freiheit“:** E. M. H. A. Berlin, R. 39, Neue Hofstr. 39.

Dr. Max Adier:

Engels als Denker

erscheint Mittwoch

